

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen vormittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 RM., bei Postbestellung 3 RM. 10 Pf. jährlich 24 RM. 10 Pf. Alle Bestellungen sind an den Verleger zu richten. Einzelnummern sind an jeder Zeit bezahlbar. In Folge höherer Gewalt, Krieg oder sonst. Betriebsstörungen behält kein Anspruch auf Vorkauf der Zeitung oder Rückerstattung des Bezugspreises. — Abänderung eingetragener Geschäftsbedingungen erfolgt nur, wenn Posto. beiliegt.

Anzeigenpreis: Die 4-spaltige Zeile 20 Rpf., die 4-spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennige, die 3-spaltige 30 Rpf., die 2-spaltige 20 Rpf., die 1-spaltige 10 Rpf. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Umsonst: Die 1-spaltige Zeile 10 Rpf., die 2-spaltige 20 Rpf., die 3-spaltige 30 Rpf., die 4-spaltige 40 Rpf. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Charandt und des Finanzamts Rossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 268 — 90. Jahrgang Telegr.-Nr.: „Amisblatt“ Wilsdruff-Dresden Volkshelb: Dresden 2040 Dienstag, den 17. November 1931

Die Pariser Ratstagung.

Auch der größte Freund und Bewunderer des Völkerbundes wird nicht behaupten können, daß die Hochschätzung dieser Institution durch die Vorgänge in der Mandchurei und deren Rückwirkung nach Genf erheblich gelindert worden ist. Dort, an den Gestaden des schönen Schweizer Sees, ist man im Oktober aneinandergegangen, nachdem man über gänzlich nutzlose Debatten und Beschlüsse nicht hinausgekommen war. Jetzt macht der Völkerbundrat in Paris einen neuen Anlauf. Und Briand, der als französischer Außenminister seit Monaten eigentlich sozusagen „auf Eis gelegt“ worden ist, darf als Vorsitzender des Rates eine Rolle spielen, für die in Frankreich jedenfalls nur ein recht geringes Interesse besteht. Zwischen wird in der Mandchurei ein regelrechter Krieg geführt, vorläufig zwischen den Chinesen und Japanern; man hat es längst aufgegeben, für diese Kämpfe noch Bezeichnungen milderer Art zu gebrauchen, die in nicht allzu trübem Widerspruch zum Gedanken und Status des Völkerbundes stehen. Das hätte ja auch wirklich keinen Zweck mehr.

Und um die Rolle, die Briand jetzt in und mit der Pariser Tagung des Völkerbundes spielen soll, ist er kaum zu beneiden. Denn Briand ist ja seit langem aufs nachdrücklichste bestrebt gewesen, dem Völkerbund ein immer stärkeres Gewicht zu geben, dort sozusagen ein möglichst großes politisches Kapital zu investieren. Wie gut ihm das bisher gelang, wissen wir Deutsche aus schmerzlicher Erfahrung, als gegen die deutsch-österreichischen Zollunionenpläne von Paris aus unter unmittelbarer Leitung Briands der ganze Völkerbund in Bewegung gesetzt werden konnte. Wenn also jetzt auf der Ratstagung ein Ausweg im mandchurischen Streit nicht gefunden wird, dann würde das eine schwere Niederlage für den französischen Außenminister persönlich bedeuten, zumal diese Tagung unter seiner Leitung und ja obendrein noch in der französischen Hauptstadt selbst stattfindet.

Briand kämpft also jetzt für seine eigene Person und dies wird ihm nicht gerade dadurch erleichtert, daß sich wegen des mandchurischen Konflikts nun nicht mehr bloß die beiden daran unmittelbar beteiligten Mächte, die beide auch Mitglieder des Völkerbundes sind, in Frage kommen, sondern daß nun Rußland einige sehr energische Worte zu sprechen begonnen hat. Und dieser Staat ist ein Element in der Weltpolitik, das bei den verschiedenen, jetzt in Paris versammelten Außenministern recht unterschiedliche Beurteilungen auslöst. Namentlich der neue Leiter der englischen Außenpolitik, Sir John Simon, der zusammen mit dem ständigen Vertreter Englands beim Völkerbund, Lord Cecil, nach Paris gefahren ist, wird auf die nicht gerade rußland-freundlichen Gefühle der englischen Konservativen einige Rücksicht nehmen müssen. Es wirkt ja außerdem fast komisch, daß der frühere Genfer Beschluß, Japan solle seine Truppen bis zum 16. September zurückziehen, politisch deswegen als nicht verbindlich betrachtet wird, weil — Japan nicht zugestimmt habe, die Einwirkungsfrage aller Mächte für diesen Beschluß aber notwendig sei. Im übrigen haben sich die Japaner überhaupt nicht um die Stellungnahme des Völkerbundes gekümmert und ihre Divisionen immer weiter nach dem Norden der Mandchurei vorgeschoben. Mit der „Anschaltung jedes Krieges“ und mit den schiedlich-friedlichen Völkerausgleich steht es also nicht gerade am besten.

Genau wie in Genf wird auch in Paris ein amerikanischer Beobachter an der Tagung des Völkerbundes teilnehmen; es ist der Londoner Vorkämpfer General Dawes, dessen Land ja an der Einwirkung in der Mandchurei fast so stark interessiert ist, wie Rußland. Und alles arbeitet eifrig an einem Kompromiß, das man in Genf infolge des hartnäckigen japanischen Nein! nicht zustande bringen konnte. Schließlich haben die maßgebenden Mächte im Völkerbund durchaus kein Interesse daran, nun andererseits wieder die chinesische Regierung in Peking den Russen in die weit geöffneten Arme zu treiben. Und es mag auch nicht ganz uninteressant sein, daß nicht bloß in der französischen, sondern auch in der englischen Presse der schon seit längerem erörterte Plan wieder hervorholt wird, der Völkerbund solle endlich eine Polizeitruppe oder gar eine „Exekutionsarmee“ erhalten, um gegebenenfalls seinen Beschlüssen mehr Nachdruck verschaffen zu können. Verlangt der Völkerbund auch jetzt wieder — und das ist die ernsthafteste weltpolitische und nicht zuletzt auch Deutschland interessierende Seite dieses Konflikts im Fernen Osten und seiner Folgen —, dann würde die ablehnende Haltung namentlich Frankreichs gegenüber jeder militärischen Abrüstung sich noch verstärken. Man würde in Paris die Schlussfolgerung daraus ziehen, daß angesichts der Unmöglichkeit für den Völkerbund, jenen Konflikt in gerechter Weise beizulegen, das Gefühl der Unsicherheit und des gegenseitigen Mißtrauens ein Fortbestehen, oder eine energische Verstärkung der Rüstungen Frankreichs geradezu fordern. Das wäre dann allerdings ein vollständiger Bankrott der Institution des Völkerbundes, die ja theoretisch auch zu dem Zweck geschaffen wurde, eine militärische Abrüstung nicht bloß bei den europäischen Mittelmächten, sondern überall in der Welt durchzuführen.

Kriegslärm und Räumungspause

Europäische Gespräche.

Nachdem der amerikanische Präsident Hoover bei seiner Unterredung mit dem französischen Ministerpräsidenten Laval Europa zur Regelung seiner politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse auf sich selbst verwiesen hat, sonnt sich Frankreich in dem Glanz des ihm angeblich übergebenen Auftrages, die Führung bei diesem Unternehmen zu übernehmen. Paris ist zurzeit auch vom Blickpunkt Deutschlands aus in den Mittelpunkt des europäischen Interesses gerückt, nicht zum wenigsten auch wegen der dortigen Tagung des Völkerbundesrates, der sich zwar vor allem mit der Regelung des japanisch-chinesischen Konflikts befassen soll, bei dessen Zusammenkunft aber die versammelten Staatsmänner sicherlich Gelegenheit nehmen werden, in persönlicher Fühlungnahme die brennenden europäischen Fragen der Schulden und Reparationen zu erörtern. Diese Besprechungen werden zwar zu keinerlei bindenden Abmachungen führen, aber zur Erforschung der Lage dienen.

Insbefondere wird der Vertreter Deutschlands im Völkerbundrat, Staatssekretär von Bülow, seine Anwesenheit in Paris dazu benutzen, um mit den führenden französischen Staatsmännern zu unterhandeln über die nächsten Schritte, die zur Feststellung der deutschen Zahlungsfähigkeit führen sollen und sich einen Einblick in die Verhandlungen der gemischten deutsch-französischen Wirtschaftskommission zu verschaffen, von Bülow wird auch den neuen englischen Außenminister Simon in Paris treffen, um etwas über die außenpolitischen Richtlinien des neuen englischen Kabinetts zu erfahren, besonders in bezug auf die französische Einstellung zu Deutschlands Reparations- und Schuldentragungen. Während Frankreich bekanntlich betont, daß zunächst und vor allen Dingen die Reparationsfrage durch den Tributanschuß geregelt werden müsse, geht die Meinung vieler englischer Politiker dahin, daß ein Vorgehen der Reparationen vor den Privatschulden unüberlegbar sei, da dieser mit dem Geist des Young-Planes und den einfachsten moralischen Überlegungen im Widerspruch stehen würde. Die Haltung Frankreichs in der Reparationsfrage, so betont man in englischen Kreisen, sei das Haupthindernis für eine wirtschaftliche Erholung Europas. Diese Einstellung Englands dürfte auch nicht ohne Einfluß auf die amerikanische Politik bleiben, denn sie kommt der persönlichen Ansicht Hoovers entgegen. Hierbei ist nur zu bemerken, daß trotz der Nachhilfe, die die amerikanische Regierung dem Präsidenten verleiht, er doch heute mehr als je, hart mit den Strömungen im Parlament rechnen muß. Hier aber ebenso wie in Bankentreisen ist der große Einfluß der Morgan-Gruppe nicht zu übersehen, die die finanziellen Interessen Frankreichs auf dem amerikanischen Markt vertritt und damit auch die politischen Belange dieses Landes.

Der italienische Außenminister Grandi ist jetzt in New York zum Staatsbesuch eingetroffen und wird bei seinen Verhandlungen mit den amerikanischen Staatsmännern einen neuen Mittelmann zwischen Europa und Amerika bilden, der hoffentlich unparteiischer als Laval den Amerikanern die europäische Lage schildern und sich zum Anwalt der von Laval an die Wand gedrückten Belange machen wird. Die Abrüstungsfrage wird im Mittelpunkt der amerikanisch-italienischen Verhandlungen stehen, aber die gemeinsame Gegnerin Amerika und Italiens gegen die Aufrüstungsbestrebungen Frankreichs wird auch die französische Tendenz in der Reparations- und Schuldenfrage nicht unberücksichtigt lassen können, wenn es auch die amerikanische Regierung unter allen Umständen vermeiden will, daß der Besuch Grandis in Washington etwas als Grundlage für die Schaffung einer gegen Frankreich gerichteten italienisch-amerikanischen Einheitsfront gedeutet werde.

Wer haftet für Tumultschäden?

Beratung in der Konferenz der Innenminister. Verschiedentlich wurde berichtet, daß auf der Konferenz der Innenminister der Länder vorgeschlagen wurde, die Parteien für die Tumultschäden haftbar zu machen. Wie von unterrichteter Seite erklärt wird, ist bisher nicht bekannt geworden, ob von irgendeiner Seite ein derartiger Vorschlag gemacht werden wird.

Sollte jedoch der Plan aufstehen, so ist damit zu rechnen, daß wenigstens die preussische Regierung ihre Zustimmung nicht verweigern würde.

Landvolkpartei und Reichsregierung.

Die Deutsche Landvolkpartei teilt mit: Wenn auch das Kabinett durch den Eintritt Dr. Schlange-Schöningen eine andere Note bekommen hat, so wird zweifellos die durch die Haltung der Reichstagsfraktion dem Deutschen Reich-

Der entwertete Rüstungsstillstand.

Die einjährige Rüstungspause in Kraft. Der Generalsekretär des Völkerbundes hat an sämtliche Völkerbundmächte sowie an die Nichtmitgliedstaaten ein offizielles Schreiben gerichtet, daß nach den nunmehr vorliegenden Zustimmungen sämtlicher Regierungen die auf der letzten Völkerbunderversammlung beschlossene Vereinbarung über den einjährigen Rüstungsstillstand mit dem 1. November in Kraft getreten ist.

Diese Vereinbarung, die nach dem ursprünglichen Vorschlag des italienischen Außenministers Grandi auf der Vollversammlung des Völkerbundes ein bindendes Abkommen darstellen sollte, ist während der Völkerbunderversammlung infolge des französischen Widerstandes gegen die Vereinigten Staaten, England, Italien und Deutschland in den entscheidenden Punkten völlig entwertet und abgeändert worden, so daß die jetzt in Kraft getretene Vereinbarung allenfalls moralische Bedeutung, aber nur geringen praktischen Wert besitzt.

Der Fernost-Konflikt.

Wieder vor dem Völkerbundrat.

Der Völkerbundrat ist im Pariser Außenministerium zusammengetreten, um sich mit der mandchurischen Frage zu befassen. Vierzehn Ratmitglieder, darunter fünf ständige, nehmen teil.

In der Geheimhaltung stellte der Präsident Briand fest, China habe den japanischen Vorschlag angenommen, bis auf einen Punkt, der nach chinesischer Auffassung die Grundfrage der japanisch-chinesischen Streitfragen, die Mandchurei und die Eisenbahnzone, berühre.

Der Kompromißvorschlag des amerikanischen Botschafters in London, Dawes, des Mandchureikonflikts dem Haager Gerichtshof zu unterbreiten, ist in Tokio auf eine ablehnende Meinung gestoßen.

Die Schlacht am Konni-Fluß.

Am Konni-Fluß ist der Kampf zwischen Chinesen und Japanern aufs neue heftig entbrannt. Von den japanischen Truppen, die von Flugzeugen und durch häufiges Geschützfeuer unterstützt wurden, sind 4000 chinesische Kavalleristen in die Flucht geschlagen worden. 200 Chinesen wurden getötet und verwundet. Die Japaner haben ihren rechten Flügel ausgedehnt, da sie eine Umzingelung durch die Chinesen befürchteten. Die Chinesen melden, daß sie sechs Maschinengewehre und zwei Geschütze erobert haben.

Wie weiter bekannt wird, haben die Japaner in den letzten Tagen Verstärkungen nach Mukden herangezogen. Es sollen dort 10 000 frische Truppen angekommen sein.

Zwei-Fronten-Angriff Mas an der Konni-Brücke.

Die chinesischen Truppen unter Führung Mas führten einen Angriff auf die japanischen Stellungen bei Tsching an. Es kam zu einem heftigen Gefecht, dessen Ausgang noch nicht bekannt ist. Gleichzeitig hat eine chinesische Kavalleriebrigade die japanischen Verbindungslinien zwischen der Konni-Brücke und Taonan durchbrochen. Japanischen Meldungen zufolge war der chinesische Erfolg nur von kurzer Dauer. Die Chinesen seien bereits wieder zurückgeworfen worden. Die Chinesen haben also einen Zwei-Fronten-Angriff durchgeführt.

Kein Anschluß Anhalts an Preußen.

Anhaltische Notverordnung über Staatsvereinfachung. Seit einiger Zeit laufen in Anhalt neue Gerüchte um, die behaupten, man erwäge, einen Anschluß an Preußen im Wege der Notverordnung durchzuführen. Wie aus Kreisen der anhaltischen Staatsregierung bekannt wird, ist hiervon nicht die Rede. Das anhaltische Staatsministerium denkt auch in ferner Zeit nicht

tag befundene Kritik an der Regierung Brüning II nicht dadurch behoben. Die Landvolkpartei ist bereit, aktiv ein Kabinett zu unterstützen, das seinen Notforderungen gerecht wird. Von landwirtschaftlichen Notforderungen kann erst Abstand genommen werden, wenn die Ausgaben-seite der landwirtschaftlichen Produktion angemessen gesenkt ist: Herabsetzung des überhöhten Zinsfußes, der steuerlichen und sozialen Belastung usw., wie sie in den Notforderungen des Deutschen Landvolks vom 26. September klar umrissen sind.